Einleitung 6

1 Die moderne Tyrannei 16

2 Nährboden und Beschleunigung 58

3 Zersetzung mit System 86

4 Konsequenzen 132

5 Weckruf für Deutschland? 182

Quellen 200

Die Autorin 206

Impressum 208

Einleitung

»Also, Doktor, was ist es denn nun geworden, eine Republik oder eine Monarchie?« Diese Frage sollen aufgebrachte Bürger im September 1787 während des Verfassungskonvents der Vereinigten Staaten auf der Straße an Benjamin Franklin gerichtet haben, einen der Gründungsväter der USA. Seine Antwort: »Eine Republik, wenn ihr sie bewahren könnt.«

Im Sommer 2025 spielte der Minderheitensprecher des texanischen Repräsentantenhauses, Gene Wu, auf Franklins Antwort an: »Dies ist das Endspiel dessen, wo wir in Amerika stehen. Dies ist der letzte Schritt, der darüber entscheidet, ob wir unsere Demokratie behalten oder nicht.«[1]

Am 4. Juli 2026 feiern die Vereinigten Staaten ihren 250. Geburtstag. Die Unterzeichnung der Unabhängigkeitserklärung im Juli 1776 war, wie es der Filmemacher Ken Burns formuliert, ein »Wendepunkt in der Menschheitsgeschichte«. Bis dahin war »jeder Mensch auf der Welt ein Untertan, über den von einer jeweils höheren Macht verfügt und der von ihr regiert wurde«.[2] Die Unabhängigkeitserklärung hingegen brachte ein neues Verständnis von Individualrechten, das über die darauffolgenden Jahrhunderte in der Staatstheorie und allen demokratisch motivierten Revolutionen nachhallen sollte. Aber es waren Rechte, die im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg hart erkämpft werden mussten — bis zur eigentlichen Verfassung sollten nach 1776 noch elf Jahre vergehen. Und auch danach wurde die »demokratische Republik«, wie sie die Verfassungsväter nannten, immer wieder in der eigenen Struktur herausgefordert.

Die Unabhängigkeitserklärung goss die Ideen der europäischen Aufklärung in Rechtsform und diente kurze Zeit später als ideologisch-philosophische Inspiration für die Französische Revolution 1789. 1989 sollte die amerikanische, inzwischen universelle Idee der Freiheit, der Menschenwürde und des Rechts auf ein Streben nach Glück — was nun eher kapitalistisch definiert wurde — Hunderttausende dazu motivieren, die Mauer zwischen den beiden Deutschlands zu Fall zu bringen.

Als Benjamin Franklin an jenem 17. September 1787 aus dem Verfassungskonvent in Philadelphia kam und auf der Straße vor nervöse Bürgerinnen und Bürger trat, war ihm klar: Demokratie ist eine radikale Idee. Eine repräsentative Staatsform wollten die Verfassungsväter schaffen, wo die oberste Macht bei den Wählern liegt, repräsentiert durch Abgeordnete, und

deren Verfassung die Verpflichtung beinhaltet, die Würde und Rechte des Einzelnen zu schützen und dadurch das Gemeinwohl zu sichern. Zwei sich ergänzende Konzepte: einerseits die Machtübertragung des *demos* auf ein republikanisches System, andererseits die Gewaltenteilung zur Kontrolle dieses Systems.

Die amerikanische Verfassung von 1787 war die erste ihrer Art. Sie hat ihre Fehler, brauchte schon bald Zusätze und Veränderungen. Europäische Länder, die sie sich zum Vorbild nahmen, korrigierten selbst nach, fanden eine präzisere Sprache, um Rechte und Pflichten in ihren Demokratien abzustecken. Franklin war sich der Defizite der Verfassung schon 1787 bewusst: Sie war für den Moment »so perfekt, wie es möglich war« (*as near to perfect*), eine »aufgehende Sonne«, das heißt, sie stand für ihn am Anfang und nicht am Ende einer Entwicklung. Ihrem Grundsatz nach war sie weder »selbst handelnd« noch »selbst korrigierend«, sie brauchte die aktive und anhaltende Beteiligung der Bevölkerung — das Streben, wie es die Präambel vorsah, nach einer immer »perfekteren Einheit«, so der Historiker Richard Beeman.[3]

Thomas Jefferson, der Hauptautor der Unabhängigkeitserklärung, verlangte die stetige Weiterentwicklung der Staatsform — auch deren Selbstkorrektur. Denn bei der Formulierung vom »Streben nach Glück« (»*life, liberty and the pursuit of happiness*«) ging es ihm, so der Historiker Burns, nicht um materiellen Reichtum, sondern um die Anstrengung bei der Ausgestaltung der eigenen Demokratie — das, was Herfried Münkler in dieser Buchreihe die »Bereitschaft zum Engagement« nennt, »mit der Bürger ihre Sachkompetenz und ihre politische Urteilskraft« in die Gestaltung der Zukunft der Demokratie einbringen.[4]

Demokratie, so war es den amerikanischen Verfassungsvätern schon aus den Wochen und Monaten der hitzigen persönlichen Diskussionen um Staatsform und Rechtsanspruch klar, müsse verdient, ausgebaut, beschützt und in der Konsensfindung immer wieder neu gestaltet werden. Hundert Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung unterstrich der französische Staatsphilosoph Ernest Renan, dass die Idee der Nation nicht auf ethno nationalistischen Markern beruhe, sondern ein tägliches (aktives) Bekenntnis sein müsse (*un accord contenu*), dass sie mehr umfasse als eine geteilte Geschichte oder ethnische Zugehörigkeit, nämlich ein Vertrag unter Bürgern sei, eine Gemeinschaft zu bilden, sie also im Kompromiss auszuhandeln.[5] Nicht die Rechte der Mehrheit bestimmen die Festigkeit und Wirksamkeit einer Demokratie, wie so mancher in heutigen Debatten in Europa und in den USA zu suggerieren scheint, sondern die Normen, Rechte, Gesetze und Institutionen, die sie durch Konsensbildung geschaffen hat, um die Schwächsten

zu schützen und ihnen die gleichen Rechte zukommen zu lassen. Würde und Mitsprache machen eine Demokratie standhaft.

Demokratie als Aufgabe, die man höchstpersönlich wahrnehmen muss, Wahlrecht und Mitbestimmung als Chance, die man ergreifen muss — so sahen es auch die Verfechterinnen des Frauenwahlrechts und die Bürgerrechtsbewegung der 1960er-Jahre, deren kontinuierlicher Einsatz auch in einem gewalttätigen Umfeld schließlich für Veränderung sorgte. Ebenso die Protestierenden gegen den Vietnamkrieg, die Black-Lives-Matter-Bewegung, die trotz der Pandemie auf die Straßen ging, um Gerechtigkeit für den von der Polizei ermordeten George Floyd einzuklagen. Ohne die Bereitschaft zum Engagement auf allen Ebenen und dazu, auch Risiken auf sich zu nehmen, verliert eine Demokratie.

Ein Jahr nach der Amtseinführung Donald Trumps muss man die Unabhängigkeitserklärung und die amerikanische Verfassung noch einmal genau lesen. Denn der Präsident legt die Gründungsdokumente der ältesten Demokratie neu aus, überschreitet seine Kompetenzen und die Grenzen des Gesetzes, setzt sich über Gerichtsentscheidungen hinweg, bricht mit Normen und Gepflogenheiten der amerikanischen Politik.

Kernteile des operativen demokratischen Systems hängen am seidenen Faden. Jahrzehntelang hat jedes amerikanische Kind gelernt, dass die besondere Stärke des amerikanischen Systems von den *checks and balances* herrührt — den Kontroll- und Ausgleichskapazitäten der Kerninstitutionen der Demokratie. Nun aber werden Gewaltenteilung und Föderalismus unter Beschuss genommen, um die Macht im Weißen Haus zu konzentrieren.

Autokratisierung folgt einem Muster, braucht charismatische Anführer, vor allem aber Strategen und Taktiker. Die wirkmächtige Koalition hinter Donald Trump setzt sich aus konzentrischen Kreisen von Einfluss, Geld und Macht zusammen. Auch wenn sie unterschiedliche Ziele verfolgen, eint die Geldgeber, Vordenker, Influencer eine beschleunigte Zerstörungswut.

Das Trump-Lager hat die Macht, und es gibt deutlich zu verstehen, dass es nicht gewillt ist, sie wieder loszulassen. »Ihr müsst mich nur noch einmal wählen, und dann nicht mehr«, hat Donald Trump im Wahlkampf mehr als einmal versprochen.[6] Bereits jetzt stehen Soldaten auf den Straßen amerikanischer Städte, um ein Klima der Verunsicherung zu schaffen und mögliche Proteste im Keim zu ersticken, schon jetzt schwört Trump seine Generäle auf Einsätze im Inneren ein.

Vor allem wird mit Hochdruck eine Kernfunktion des demokratischen Prozesses ausgehebelt: das Wahlrecht. Zunächst geht es darum, trotz katastrophaler Umfragewerte und der Gefahr, dass die Eingriffe der Regierung in das internationale Handelssystem und die heimische Wirtschaft eine Rezession auslösen, den Erfolg bei der Zwischenwahl 2026 zu sichern — zur Not gegen den Volkswillen. Die Änderungen zielen aber auch auf die weitere Zukunft. Denn schon aus demografischen Gründen werden die von der MAGA-Bewegung unterwanderten Republikaner auf regulärem Weg kaum mehr Wahlen gewinnen. In 36 Jahren haben es nur zwei republikanische Präsidentschaftskandidaten geschafft, die Volkswahl (*popular vote*) zu gewinnen: George W. Bush 2004 und Donald Trump 2024. Und die Bewegung plant längst für die Zeit nach Trump, um ihr Überleben zu sichern.

Die Vereinigten Staaten stehen vor ihrer größten innenpolitischen Herausforderung der Neuzeit. Droht eine Autokratie? Es ist jedenfalls etwas in Bewegung geraten, das in absehbarer Zeit zu einer gravierenden Schwächung, vielleicht sogar zu einem Zerfall der Vereinigten Staaten führen könnte. Seit dem Bürgerkrieg gab es keine so starken Anzeichen, dass einzelne Bundesstaaten mit Washington brechen könnten. Und das in einem Land, in dem Widersprüche in der Verfassung immer wieder zu Verwerfungen geführt haben, die vielbeschworene *Union* aber weiter hielt. Die USA waren immer schon ein Land der Kontraste, der fundamentalen Auseinandersetzungen, deren Ausgang oft unklar war. Bislang widerstanden sie aber der für den Yale-Historiker Jason Stanley allgegenwärtigen Bedrohung für Demokratien, nämlich der »Verlockung des Faschismus«. Ist es diesmal anders?

Die USA waren mit ihrem Bürger- und Staatenbild maßgeblich für den einstigen Siegeszug der Demokratiebewegungen weltweit. Wenn sie jetzt damit brechen, was würde das für das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Demokratie als Kern des internationalen Ordnungssystems bedeuten? Das Zollchaos, der Rückzug aus UN-Gremien, das aggressive und wankelmütige Vorgehen gegen Partner und das Anbiedern bei historischen Gegnern schwächen die Glaubwürdigkeit des Westens insgesamt bereits nachhaltig.

Wenn aber die amerikanische Demokratie kippt, was heißt das für Europas Demokratien? Fallen sie dann zwangsläufig wie Dominosteine, weil die antidemokratische Bewegung postmodern vernetzt ist und ihr neue Strategien und Ressourcen aus den USA zufließen? Ist die Abkehr von demokratischen Prinzipien tatsächlich so zwangsläufig und schnell, dass eine Umkehr unmöglich ist? Wie kann sich der Widerstand

Wenn aber die amerikanische Demokratie kippt, was heißt das für Europas Demokratien? Können wir den Weckruf annehmen und aktiv gegensteuern?

effektiv gestalten und wie werden Institutionen resilient? Und hätte man nicht viel früher erkennen können, wohin die Reise geht?

Im »Geburtstagsjahr« scheint alles noch möglich, auch eine organisierte Massenbewegung, wie sie sich in den »No Kings«-Protesten auf der Straße angedeutet hat — und das Aufwachen der demokratischen Partei. Aber das Zeitfenster schließt sich. Finden die USA zu sich zurück? Und was lernen wir in Europa aus diesen Entwicklungen? Können wir den Weckruf annehmen und aktiv gegensteuern? Dieses Buch soll helfen, antidemokratische Veränderungen zu erkennen und ihnen mutig entgegenzutreten, uns animieren, im eigenen System nachzubessern, um die Resilienz unserer Demokratie zu steigern. Welche Lehren können wir in diesem Moment aus dem amerikanischen Beispiel ziehen — gerade vor dem Hintergrund unserer eigenen Geschichte?

1

Die moderne Tyrannei

»Wer sein Vaterland rettet,
verstößt gegen kein Gesetz.«

Donald Trump, in Anlehnung an ein Napoleon zugeschriebenes Zitat, auf *Truth Social*

Die Veröffentlichung der Unabhängigkeitserklärung vor 250 Jahren markierte, wie bereits angeführt, nicht nur den Bruch mit der englischen Monarchie, sondern etablierte die »unveräußerlichen« Rechte der Einzelnen, ein historisches Novum und damit die Grundlage für das westliche Staats- und Demokratieverständnis. Aber die Unabhängigkeitserklärung war mehr. Sie war eine Anklageschrift. Die Individualrechte konnten sich demnach nur frei entfalten, wenn der regierende Tyrann abgeschüttelt wurde, in diesem Fall der britische König Georg III. Für die 13 Kolonialstaaten sollte vor allem eines gelten: *No Kings* — keine Könige (mehr). Dieses fundamentale Recht war man gewillt zu erkämpfen und zu verteidigen: Der Unabhängigkeitskrieg — im Englischen auch »Revolutionskrieg« genannt — ging noch sieben Jahre weiter.

Heute, im Geburtstagsjahr, sitzt der Tyrann nicht in England, sondern im Weißen Haus. Die rechtskonservative Bewegung, auf die Trump sich stützt, hat kein geringeres Ziel als eine »zweite amerikanische Revolution«, so der CEO des mächtigen Thinktanks Heritage Foundation, Kevin Roberts. »Sie wird nur unblutig bleiben«, drohte er im Juli 2024 im

Gespräch mit Steve Bannon, dem Strategen der »Make America Great Again«-Bewegung (MAGA) hinter Donald Trump, »wenn die andere Seite das zulässt«.[7]

Für diese »Revolution« werden die traditionelle Gewaltenteilung aufgehoben, Amerikas Straßen militarisiert und das Wahlrecht eingeschränkt, um die Macht des Präsidenten weiter zu bestärken und um den demokratischen Widerspruch an der Wahlurne nach Möglichkeit nicht zuzulassen. Wie Chefstratege Steve Bannon formuliert: »Wir müssen die Institutionen ergreifen, wir müssen zuschlagen und wir müssen jetzt zuschlagen.«[8] Auch mit Bannons Hilfe schneidet Präsident Donald Trump seine Macht neu zu und nutzt die Instrumente des Staates, um sich diese Macht zu erhalten — womöglich auch über seine laufende zweite Amtszeit hinaus.

Das kommt nicht aus heiterem Himmel. Die MAGA-Bewegung hinter Trump arbeitet in dieser zweiten Amtszeit mit System und ist gut vorbereitet. Dabei knüpft sie an die Erfolge der ersten Amtszeit an, in der Trump ein Wunder vollbracht hat: das politisch-kulturelle Momentum zu nutzen, um Neu- und Nichtwählerinnen und -wähler zum Urnengang zu motivieren. Für die rechtskonservative Kernwählerschaft hat der aktuelle Präsident bereits in seiner ersten Amtszeit Historisches geleistet, wie wir noch näher sehen werden.

Donald Trump und MAGA kristallisieren in diesem Prozess der Zersetzung des demokratischen Systems einerseits Entwicklungen, die sich über fast 40 Jahre hinweg langsam aufgebaut haben, und beschleunigen andererseits deren zersetzende Wirkung durch die geschickte politische Ausnutzung gesellschaftlich-kultureller Bruchstellen: das langsame Schwinden von institutionellem Vertrauen, eine zunehmende gesellschaftliche Entfremdung durch politisierte, mediale Räume — online und offline — sowie tiefe und bleibende wirtschaftliche Veränderungen.

In der ersten Amtszeit haben Trump und seine Berater die Schwachstellen der Demokratie identifiziert und sich »rebellisch« gegen Gepflogenheiten und gesellschaftlich-politische Normen aufgelehnt, bis diese nachgaben. Zugleich hielten traditionelle republikanische Kräfte in Kabinett und Partei noch an den demokratischen Leitplanken fest, wenngleich diese immer wieder absichtlich verbogen wurden. Das ist nun vorbei. Anders als Autokraten in Ungarn oder der Türkei geht Donald Trump den Staatsumbau nicht sukzessive an, sondern gleichzeitig: Bürokratieumbau als Grundstein für den Überwachungsstaat, Unterordnung von Legislative und Judikative, Beschränkung freier Medien und Drangsalierung von Universitäten und Kultureinrichtungen, Militarisierung der Straße, Umbau des Wirtschaftssystems zur Begünstigung

der Reichen, Einschränkung des Wahlrechts — alles in nicht einmal einem Jahr zurück an der Macht.

Die Entfesselung ist da. Als Antwort auf landesweite, friedliche Proteste im Oktober 2025 teilte Donald Trump ein KI-generiertes Video auf seiner Plattform Truth Social. Darin fliegt er einen mit der Aufschrift *King Trump* bemalten Kampfjet über die Köpfe von Massenprotesten hinweg und überschüttet Protestierende mit einer braunen Flüssigkeit, die Fäkalien ähnlich sieht. Auch wenn die Straße, auch wenn Bundesstaaten sich wehren, zeigt er: Der König gibt nicht viel auf Demokratie. Für den Zusammenhalt der Vereinigten Staaten und für ihre demokratische Verfasstheit ist dieses Jubiläumsjahr nichts weniger als der »gefährlichste Moment seit dem Bürgerkrieg«, schreiben der Politikwissenschaftler Tom Schaller und der Journalist Paul Waldman.[9]

Der Tyrann im Weißen Haus

In der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung warfen die Verfassungsväter König Georg III. massiven Eingriff in die Funktionsfähigkeit der Kolonien vor. In zeitgemäßer Übersetzung verstanden sie darunter zum Beispiel die Abschaffung zentraler Gesetze, die Veränderung der Regierungsstruktur, die »Stationierung von stehenden Heeren in Friedenszeiten«, die Beschränkung der Rechtssicherheit und Eingriffe in die Unabhängigkeit der Justiz, die Schikanierung der Bevölkerung und den Eingriff in den internationalen Handel. Er führt »Krieg gegen uns« und hat »uns außerhalb seines Schutzes erklärt«, heißt es in der Unabhängigkeitserklärung. Die Passage schließt mit dem Satz: »Ein Fürst, dessen Charakter so durch jede seiner Handlungen als Tyrann bezeichnet wird, ist untüchtig, der Herrscher eines freien Volkes zu sein.« Nimmt man diese Vorwürfe als Maßstab zur Beurteilung des gegenwärtigen Präsidenten, so wird deutlich: Es sitzt ein Tyrann im Weißen Haus.

Für Donald Trump war das erste Jahr seiner zweiten Amtszeit das der politischen und rechtlichen Entfesselung. Um bei der Anklageschrift von 1776 zu bleiben: Er verändert die Strukturen der Regierung dahin gehend, dass er eine aggressive Führung in der Exekutive aufbauen konnte. Die amerikanische Verfassung setzt gerade deshalb auf institutionelle Kontrolle und Ausgleich (*checks and balances*) zwischen den Instanzen, weil das Misstrauen gegenüber einer möglichen Ausnutzung von Machtpositionen so groß war — weil das Land den König gerade abgeschüttelt hatte. Der erste Artikel der Verfassung beschreibt daher akribisch, dass die legislative Macht vom Volk ausgeht — repräsentiert durch Repräsentantenhaus und Senat — und geht detailliert auf Rechte und Pflichten ein, von der Steuereinnahme über das Kriegsrecht

bis hin zum Beistandsrecht bei Inhaftierung — zehn ausführliche Klauseln. Im zweiten Artikel wird dem Präsidenten »ausführende« Macht übertragen — *vested*, so der Originallaut. Handelt es sich dabei aber um Übertragungsrechte? Ist der Präsident Verwalter dieser Macht? Oder ist er Inhaber dieser Macht?

Eine sprachliche Ungenauigkeit wird nun zur Auslegungssache — mit schwerwiegenden Folgen für die amerikanische Demokratie. Die Trump-Regierung interpretiert diese Übertragung nämlich als absolut — die Macht wird übertragen — und weitet ihre exekutive Macht entgegen der Mehrheitsmeinung der Verfassungsrechtler zunehmend aus, sowohl auf der horizontalen Ebene gegenüber Kongress und Justiz als auch auf der vertikalen Ebene gegenüber dem Beamtenapparat.

Dass gerade aufgrund dieser Interpretationen zulassenden Formulierung von der Verfassung eine Gefahr ausging, erkannte schon 1787 der unter dem Pseudonym schreibende Staatsphilosoph Cato (vermutlich der damalige Gouverneur von New York, George Clinton): Wenn ein »Präsident von Ehrgeiz besessen ist, verfügt er über genügend Macht und Zeit, um sein Land zu ruinieren«.[10]

Die Trump-Regierung legt sich Artikel II so aus, dass Fachministerien und deren personeller und bürokratischer Apparat Teil der Exekutive sind und daher auch von jener zersetzt werden können. Über diese Logik begründet sich der bürokratische Kahlschlag des von Donald Trump am ersten Tag seiner zweiten Amtszeit per Erlass gegründeten Department of Government Efficiency (DOGE). Es sorgte für mehr als 200.000 Entlassungen, weitere versuchte Entlassungen folgten während des Regierungs-»Shutdowns« im Herbst 2025, dazu kommt die Einspeisung von Daten in Überwachungssoftware und Datensteuerungssysteme, die die Menschen in den USA zu gläsernen Bürgerinnen und Bürgern machen.

Aus der überhöhten Rolle des Präsidenten begründet sich auch die Rücknahme bereits vom Kongress bewilligter Haushaltsausgaben, etwa durch erzwungene Neuabstimmung (*rescission*) oder durch das 1974 eigentlich schon für unrechtmäßig erklärte Prozedere des *impoundment*, in dem die Exekutive schlichtweg Haushaltsmittel nicht ausgibt (und die Regel übergeht). Auch das Kriegsrecht gehört nun ins Weiße Haus, auch ohne formelle Übergabe durch den Kongress, wie kurzerhand beschlossen wird: Im Alleingang ordnete der Präsident Militärschläge im Iran und gegen Venezuela an.

Rückhalt für diese Auslegung der Macht des Präsidenten, die schon lange Bestandteil verfassungsrechtlicher Debatten ist, holt sich die Regierung bei Teilen des Obersten Gerichtshofs — einer wirklich

formellen Klärung wird aber ausgewichen. Stattdessen wird gehandelt: So eignet sich Trump per Dekret etwa größere Entscheidungsmacht über vom Kongress eingesetzte, unabhängige Institutionen an, von der Börsenaufsicht (SEC) bis zur Medienbehörde (FCC).

Lange galt für viele dieser Institutionen, etwa auch für den Geheimdienst, dass ihr Spitzenpersonal nicht mit dem Präsidentenwechsel alle vier Jahre, sondern nur alle sechs Jahre ausgetauscht werden sollte, um Unabhängigkeit und öffentliches Vertrauen in dessen Expertise zu wahren. Es waren aber politische Gepflogenheiten — Normen —, keine fixen Regeln. Auch deshalb muss sich Notenbankchef Jerome Powell weiterhin um ein frühzeitiges Ende seiner Amtszeit sorgen und zusehen, wie sein Gremium politisch umbesetzt und wie Einzelpersonen von der Regierung der Prozess gemacht wird: ein dauerhaftes Katz-und-Maus-Spiel um Macht und Kontrolle, bei dem die Wählerschaft außen vor bleibt.

Es war die Watergate-Affäre ab 1972, die in jüngerer Zeit die Unabhängigkeit der Behörden gegenüber der Exekutive im Weißen Haus nachhaltig geprägt hat. Damals hatte Präsident Richard Nixon versucht, Teile des Staatsapparats aktiv zu politisieren, und ging 1973 im sogenannten Saturday Night Massacre so weit, oberste Beamte im Justizministerium zu entlassen, um nicht selbst ins Visier zu geraten. Diese Unabhängigkeit der Behörden wurde seitdem einerseits über interne Reformen innerhalb des Justizministeriums geprägt, das in den USA zeitgleich auch als Staatsanwaltschaft fungiert, andererseits — zum größten Teil — aber über gelebte Normen.

Diese Unabhängigkeit galt auch noch für die erste Amtszeit Trump: Der damalige Justizminister Jeff Sessions lehnte eine aktive Rolle in der investigativen Arbeit zur russischen Einflussnahme auf die Wahl 2016 ab und bestellte stattdessen einen Sonderermittler ein. Anders in der zweiten Amtszeit, in der das Ministerium absichtlich politisiert wird: Politische Gegner Trumps, wie der ehemalige FBI-Chef James Comey oder die New Yorker Generalstaatsanwältin Letitia James, die die Zivilklage wegen Betrugs gegen Donald Trump geltend gemacht hatte, werden auf dünner Rechtsbasis angeklagt. Jene Justizbeamte, die in den jeweiligen Fällen von einer Klage abgeraten hatten, werden entlassen, Loyalisten übernehmen die Fälle.

Trotz Mehrheiten in Repräsentantenhaus und Senat regiert der Präsident mittlerweile per Dekret und Notstandserklärungen. In den ersten neun Monaten der zweiten Amtszeit von Donald Trump waren es bereits 210 erlassene Dekrete. Zum Vergleich: Im gesamten Jahr 2024 bis zum Tag seiner Amtsübergabe hat Joe

Biden 32 Dekrete unterschrieben. In den vier Jahren der ersten Amtszeit Trumps waren es 220. Auch wenn gegen die vielen Präsidentschaftsdekrete nun rapide geklagt wird — 40 Prozent von ihnen können derzeit aus rechtlichen Gründen gar nicht durchgeführt werden —, erfüllen sie neue Funktionen: Sie suggerieren präsidentielle Macht, auch wenn ein Präsident diese in bestimmten Bereichen gar nicht hat.

Gerade bei Notstandsregelungen, von der Zollpolitik (die eigentlich dem Kongress untersteht) bis zur Einberufung der Nationalgarde nach Washington, D. C., steht die politische Richtung oft fest, bevor es eine rechtliche Begründung gibt. Präsident Trump lässt Berater absichtlich Rechtsgrundlagen aus vorangegangenen Jahrhunderten bemühen, ganz nach dem Motto: *Whatever works.*

Als Nebeneffekt unterstreicht er damit die Schwäche des Parlaments und untergräbt das ohnehin schwindende Vertrauen der Bevölkerung in den Kongress, obwohl seine Partei in beiden Kammern die Mehrheit hat, zugunsten der Exekutive. Nur 11 Prozent der Anhänger der republikanischen Partei gaben 2024 an, Vertrauen in den Kongress zu haben.[11]

Institutionen, Städte, Bundesstaaten wehren sich mit Klagen gegen die Übergriffe der Exekutive und bekommen vor den unteren Instanzen der Justiz oft recht. Doch auf Klage folgt Gegenklage, Trump zieht vor den Obersten Gerichtshof, den er und seine Partei während seiner ersten Amtszeit so besetzt haben, dass es eine konservative Mehrheit gibt. Über Monate befindet sich das Land bei unterschiedlichen Fragen in rechtlicher Unsicherheit, während der Präsident einfach weitermacht: Deportationen, Abschiebungen in ironisch-menschenverachtend benannte Lager (»Alligator Alcatraz«, »Speedway Slammer«) — alles stoppten die unteren Instanzen des Rechtsstaats zwar, doch der Präsident kann diese Einsprüche ignorieren. Der Oberste Gerichtshof erlaubte im Sommer 2025 dem Präsidenten sogar, sich über Entscheidungen unterer Gerichtsebenen hinwegzusetzen, wenn diese Ebenen landesweite Verfügungen aussprechen.

König Donald

Viel zu oft kommt die Frage auf: Darf Donald Trump das? Nein. Macht er es? Ja. Es sind Methoden, die er in der ersten Amtszeit gelernt hat — erst agieren, erst testen, dann Schwachstellen offenlegen und diese dehnen. Und es ist eine Agenda, die bei genauerem Hinsehen in vieler Hinsicht dem entspricht, wogegen man sich vor einem Vierteljahrtausend, in der Gründungsakte der USA, aufgelehnt hatte.

Wie König Georg III. — und ebenfalls ohne dass ihn gewählte Volksvertreter darum gebeten hätten — baut sich Präsident Trump *in Friedenszeiten*